
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 22/3 (1995)

DOI: 10.11588/fr.1995.3.59620

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

Aline FONVIEILLE-VOJTOVIC, Paul Ramadier (1888–1961): élu local et homme d'Etat, Paris (Publications de la Sorbonne) 1993, 543 S. (Histoire de la France aux XIX^e et XX^e siècles, 32).

Paul Ramadier, einer der Gründungsväter der IV. Republik, ging in die Annalen als jener Ministerpräsident ein, der dem »tripartisme« 1947 ein Ende setzte und damit eine tiefe Zäsur in die französische Innenpolitik trieb. Indem Fonvieille-Vojtovic keine »biographie linéaire mais ... une radiographie de la carrière locale et nationale« (S. 14) vorlegt und neben der staatlichen Ebene auch seine Arbeit als Bürgermeister von Decazeville, conseiller général und Präsident der Département-Versammlung beleuchtet, gelingt es ihr, unbekannte Facetten seiner Persönlichkeit offenzulegen.

Geboren am 17. 3. 1888 in einer mittelständisch-bürgerlichen Familie, fühlt sich Ramadier schon als junger Mensch vom Sozialismus à la Jaurès angezogen. In den zwanziger Jahren geht der Anwalt, Professor der Rechtsgeschichte und Abgeordnete mehr und mehr auf Distanz zur SFIO. 1933 verläßt er sie aus Protest gegen ihre Verweigerung der Regierungsverantwortung und schließt sich der Union socialiste républicaine an. Drei Jahre später steigt der besonders der Energie- und Industriepolitik zugeneigte Ramadier unter Léon Blum zum Unterstaatssekretär im Ministerium für Öffentliche Arbeiten auf, wo er zahlreiche Sozialgesetzgebungsmaßnahmen für die Arbeiter auf den Weg bringt. 1938 demissioniert der mittlerweile zum Arbeitsminister im Kabinett Daladier Aufgestiegene, weil er sich weigert, soziale Errungenschaften in Frage zu stellen. Trotz der Anfeindungen von Rechts und Links erreicht das »système Ramadier« (S. 229) in diesen Jahren seinen Höhepunkt. Systematisch baut er sich mit Hilfe von »parti, syndicats, sociétés de pensée, loges maçonniques« (S. 9) und dank seines Ansehens als »une sorte de seigneur républicain« seine lokale und regionale Machtstellung aus (S. 229). Mit einiger Überraschung stellt man fest, daß sein Wirken fern von Paris Seiten offenbart, die man an der Seine nicht kennt. Denn hier, in seiner Heimat, erweist er sich keineswegs immer als der liberale, offene Geist, sondern als harter Verfechter seiner festen Überzeugungen.

1944 tritt Ramadier erneut der SFIO bei und übernimmt im November den ungeliebten Posten des Versorgungsministers, der ihm die Spitznamen »Ramadiète« oder »Ramadan« einbringt. Nach einem Interludium im Justizressort überantwortet ihm Auriol im Januar 1947 die Regierungsverantwortung. Trotz der Wertschätzung, die er sich durch Integrität und Arbeitskraft im Parlament erworben hatte, sieht sich seine »Regierung der nationalen Einheit« schon bald zentripetalen Kräften ausgesetzt. Wie viele seiner Zeitgenossen dem Erbe der III. Republik verhaftet, konzentriert sich Ramadier auf zwei Aufgaben: die Rettung der parlamentarischen Demokratie und »une certaine idée du socialisme« (S. 321). Sein Bemühen, die Dreierkoalition zu erhalten, führt zu einem folgenschweren Fehler. Indem er die Wahl seiner Minister entgegen den Verfassungsbestimmungen der Zustimmung der Nationalversammlung unterwirft, schwächt er die Position des Regierungschefs und schafft ein Präzedenz, das die dauernden Regierungskrisen der IV. Republik auslöst.

Die Rettung des Tripartisme gelingt ihm dennoch nicht. Zwar trägt die Annahme der amerikanischen Wirtschaftshilfe zur ökonomischen Restitution bei, seine implizit erfolgte Wahl des politischen Lagers bringt dem Land aber eine schwere innere Hypothek, die der Beginn des Krieges in Indochina noch erhöht. Ein Streik der CGT gegen die Regierungspolitik führt zum offenen Konflikt mit den kommunistischen Ministern, die Ramadier schließlich zum Rücktritt zwingt. Attacken von Links, von de Gaulles RPF und aus der eigenen Partei nötigen ihn im November 1947 selbst zum Rückzug.

Mit dem Ausschluß der Kommunisten aus der Regierung und seinem auch als Verteidigungsminister fortgesetzten Engagement für die Westbindung beraubt er sich seiner vorwiegend auf der Wahl der Arbeiter und Kaufleute beruhenden lokalen Machtbasis. Seine nationale Reputation verhilft ihm zwar im Februar 1956 zu erneuten Ministerehren, als Guy Mollet ihm die schwierige Aufgabe überantwortet, die notwendigen Ressourcen zur Finanzierung des Algerienkrieges zu beschaffen. Der Untergang der IV. Republik versetzt seiner politischen

Karriere aber ein abruptes Ende. Nach dem Verlust des Regierungsamtes büßt er auch seine politischen Mandate ein und führt in den letzten Lebensjahren bis zu seinem Tod 1961 »une vie de reclus« (S. 507).

Wenngleich Ramadier offenbar nicht zur ersten Garnitur der französischen Staatsmänner gehört, so darf er nach dieser lesenswerten Biographie doch immerhin als »homme de gouvernement« (S. 12) gelten, als unermüdlicher Arbeiter und Humanist mit ausgeprägter Kultur.

Ulrich LAPPENKÜPER, Bonn

Maurice VAÏSSE (Hg.), *L'Europe et la crise de Cuba*, Paris (Armand Colin) 1993, 255 S.

Was hat die Konfrontation der beiden Supermächte über Kuba mit Europa zu tun? Nun: die Europäer waren davon betroffen, und so hat es einen Sinn, die Reaktion der wichtigsten beteiligten Staaten des alten Kontinents vergleichend zu untersuchen, wie es bei der hier publizierten Tagung des Nuclear History Programs (NHP) im Oktober 1992 in Paris geschah.

Aber als Ausgangspunkt scheint trotz zahlreicher bislang vorliegender Veröffentlichungen die Versicherung problematisch, daß die Grundstrukturen des Konflikts der Supermächte ja bekannt seien. Gewiß sah man in der Regierung Kennedy von Anfang an die Gefahr, daß eine Blockade oder ein ähnliches Vorgehen gegen Kuba sowjetische Reaktionen gegenüber der (noch schwelenden) Berlinfrage nach sich ziehen würde. Aber wissen wir über wenige bruchstückhafte Drohungen aus der sowjetischen Botschaft in Washington hinaus, tatsächlich etwas Genaueres? »En s'attaquant au monopole américain sur l'hémisphère occidental, l'Union soviétique vise en fait Berlin« (S. 6), schreibt der Herausgeber sehr selbstsicher. Marc TRACHTENBERG macht in seinem einleitenden Essay deutlich, daß gerade von US-amerikanischer Seite vorwiegend Journalisten, Politiker und Politikwissenschaftler über die Krise gearbeitet haben, sie also eine Historie ohne Historiker darstelle.

Darüber hinaus: ob sich die sowjetische Politik tatsächlich auf eine Denuklearisierung Europas richtete, die entsprechende Bewaffnung der Bundeswehr mit atomaren Trägerwaffen also von zentraler Bedeutung auch für die Kuba-Krise war, bleibt vorerst nur eine Hypothese. Raymond GARTHOFF, der die sowjetische Seite untersucht, gibt hierüber gar keine Auskunft. Vorzüglich, wenn auch nicht auf vollständiger Kenntnis oft noch zurückgehaltener Quellen beruhend, sind die meisten Beiträge geraten. Der Herausgeber selbst nimmt sich der französischen Seite an, zeigt neben der Einschätzung de Gaulles vor allem die Rolle des französischen Geheimdienstes, der vor den Amerikanern die Raketen aufstellung auf Kuba signalisierte, wobei gerade der CIA (nicht aber Direktor McCone) lange kein Motiv der Sowjetunion für ein solches Vorgehen sahen und deswegen den Vorgang selbst nicht glaubten (so C. C. COGAN). Für Macmillan (Ken SCOTT) wird deutlich, daß er ebensowenig wie de Gaulle voll über die Alarmplanungen für amerikanische Raketen in seinem Land informiert war, wohl aber untergeordnete militärische Stäbe besser Bescheid wußten.

Besonders aufschlußreich sind die sich ergänzenden Beiträge über Italien, wenn DI NOLFO die parteipolitischen Konstellationen der apertura a sinistra ebenso wie Leopoldo NUTI herausarbeitet, der seinerseits die Geschichte der Raketenstationierung in Italien seit 1957/58 nachzeichnet. Sie waren demgemäß Statussymbole für italienische Großmachtambitionen; dennoch hatte man nichts gegen deren Abzug, weil man konsultiert wurde. In der Türkei dagegen (Nur Bilge CRISS) war die Nichtkonsultation über den Abzug aufgrund der Kuba-Krise eine bittere Enttäuschung, wurde sie doch als Verlust des Statussymbols Mittelstreckenraketen gedeutet und brachte tiefe Enttäuschung über die Amerikaner. Hans Peter SCHWARZ zu Adenauer enthält sich jeder weitergreifenden Spekulation zur Einordnung seines Themas. Insbesondere berichtet er nichts über die Verbindung von Berlin- und Kuba-Krise in der